

MEDIENINFORMATION vom 09.03.2023

Jugendmedienschutzverein präsentiert Tätigkeitsbericht 2022

2021 haben die österreichischen Fernsehsender und Video-Abrufdienste ein Selbstregulierungssystem entwickelt, das zum Schutz von Kindern und Jugendlichen beim Konsum von TV- und Onlinevideoinhalten noch strengere Vorgaben als bisher macht. Umgesetzt wird dieses durch den **Jugendmedienschutzverein**, der gemeinsam mit der Branche einheitliche Verhaltens- und Verfahrensrichtlinien erstellt und ein Beschwerdesystem eingerichtet hat.

Der Jugendmedienschutzverein legt nun seinen **Tätigkeitsbericht für das Jahr 2022** vor. Ein großer Teil der Arbeit in diesem ersten Jahr des Regelbetriebs konzentrierte sich darauf, die Akzeptanz der Verhaltens- und Verfahrensrichtlinien in der Branche zu vertiefen und deren Umsetzung in der Praxis zu begleiten. Ein weiteres Thema war die Vertiefung der Kompetenz des Expert:innenrats: In einem Workshop in Zusammenarbeit mit der „FSF Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen“ konnten wertvolle Erkenntnisse aus deren jahrzehntelanger Praxis in Deutschland gewonnen werden. Auch die Vernetzung und Zusammenarbeit mit relevanten Stakeholdern stand im Fokus der Tätigkeit im Jahr 2022. Der Tätigkeitsbericht beinhaltet zusätzlich einen Ausblick auf das Jahr 2023. Der Bericht ist über die Webseite des Vereins abrufbar:

<https://www.jugendmedienschutz.at/organisation>.

„Bereits im ersten Jahr unserer Tätigkeit konnten wir feststellen, wie relevant das Thema Jugendmedienschutz ist.“, so Alice Krieger-Schromm, Leiterin der Geschäftsstelle des Jugendmedienschutzvereins. „Neben den ersten Beschwerden haben wir auch eine Vielzahl an Anfragen bekommen – nicht nur von Mediendiensten, sondern auch von vielen Eltern und Erziehungsberechtigten.“

Zur Zuständigkeit des Jugendmedienschutzvereins, die sich auf österreichische Mediendienste erstreckt und Videosharing-Plattformen, von deren Inhalten oft ein nicht unbeträchtliches Risiko für Minderjährige ausgeht, ausnimmt, meint Krieger-Schromm: *„Auf diesen Plattformen wird es weiter Inhalte geben, vor denen Kinder und Jugendliche in Österreich besser geschützt sein sollten. Da uns hier die Hände gebunden sind, ist die Verantwortlichkeit der Erziehungsberechtigten gerade in diesem überdurchschnittlich risikobehafteten Bereich umso mehr gefordert.“*

Rückfragen: Alice Krieger-Schromm, office@jugendmedienschutz.at